

liberal central
extrablatt zur bundestagswahl 2009



Herausgeber, V.i.S.d.P
Dr. Maren Jasper-Winter
Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24,
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution
700 Stück digital (.pdf)
1.000 Stück Print

Chefredakteur
Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren
Nils Augustin, Claudia Bandow, Anno Blissenbach, Ingo Kamps, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Christian Lüdtke, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt

Autoren dieser Ausgabe
Mechthild Dyckmans, Hanaa El-Hussein, Kai Gersch, Birgit Homburger, David Issmer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Holger Krestl, Sibylle Lauischk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Lars Lindemann, Martin Lindner, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Marina Schuster, Mieke Senftleben, Guido Westerwelle

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
julis-mitte.de

fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de
fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung
FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

liberal central

extrablatt zur bundestagswahl 2009

www.liberal-central.de

Liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit in Berlin-Mitte, es ist Tradition, dass Liberal Central, die monatliche Mitgliederzeitschrift des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte, im August vor einer Wahl mit einem Extrablatt erscheint – so halten Sie jetzt die Ausgabe zur Bundestagswahl 2009 in Ihren Händen. Auch diese Wahlausgabe folgt dabei nicht dem üblichen Rubriksystem, sondern präsentiert Ihnen 16 liberale Kandidatinnen und Kandidaten der FDP für den Deutschen Bundestag mit einer Botschaft, warum Sie am 27. September die FDP wählen sollten.

Auf Seite 3 finden Sie einen Text unseres Direktkandidaten im Wahlkreis Mitte, Dr. Kurt M. Lehner – ihn können Sie mit Ihrer Erststimme wählen. Die weiteren Autoren entsenden Sie mit Ihrer Zweitstimme in den Deutschen Bundestag: Auf den Seiten 4 bis 6 die ersten sechs Kandidaten der Berliner Landesliste der FDP, auf Seite 7 unser Bundesvorsitzender und Spitzenkandidat Dr. Guido Westerwelle (Landesliste NRW), und auf den Seiten 8 bis 11 acht Parteifreundinnen aus ganz Deutschland, welche ihre Arbeit für Sie im Deutschen Bundestag fortsetzen wollen.

Eine tiefe Ernsthaftigkeit prägt die Stimmung zu dieser Bundestagswahl. Die Finanz- und Wirtschaftskrise bildet einen Hintergrund, vor welchem das Politikversagen der „großen“ schwarz-roten Koalition in leider verdient düsterem Zwielicht erscheint. Ihre verbohrte und ängstliche Unfähigkeit und ihr Unwillen, unserer Ökonomie und unserem Sozialstaat einen intelligenten Rahmen zu geben. Oder ihre fatale Neigung, Sicherheitspolitik nicht als Aufgabe der Vernunft zur Sicherung der Freiheit zu verstehen, sondern als Instrument, um populistisch Ängste von Menschen zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Die schwarz-rote Koalition hat unser Land in einen Sumpf gefahren, aus welchem nur kraftvolle liberale Reformpolitik es wieder befreien kann.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin
- Chefredakteur Liberal Central -

Den liberalen Beobachtern des nehmenden Ungeheuers, auf dessen Rücken das aktuelle System der Daseinsvorsorge reitet, kommt das Verdienst zu, auf die Gefährdungen aufmerksam gemacht zu haben, die den gegebenen Verhältnissen innewohnen. Es sind dies die Überregulierung, die dem unternehmerischen Elan zu enge Grenzen setzt, die Überbesteuerung, die den Erfolg bestraft, und die Überschuldung, die den Ernst der Haushaltung mit spekulativer Frivolität durchsetzt - im Privaten nicht anders als im Öffentlichen.

Peter Sloterdijk

Der liberale Direktkandidat für Mitte Die Mitte stärken

von **Kurt M. Lehner**

Die Große Koalition ist am Ende. Nicht nur in Schleswig-Holstein, wo im Juli die CDU-SPD-Koalition zerbrochen ist, wurde deutlich: Eine Große Koalition macht Politik nur auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Deutschland hat vier Jahre lang Stillstand und Stagnation ertragen müssen. Den schwierigen Kompromiss zwischen der linken und der rechten Volkspartei musste am Schluss immer der Bürger zahlen.



Die CDU-SPD-Koalition hat 19 Steuererhöhungen beschlossen, darunter die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 %. Die Bundesrepublik verzeichnet trotz Wirtschaftskrise die höchsten Steuereinnahmen in ihrer Geschichte – bei der zugleich höchsten Staatsverschuldung. Unseriöser kann keine Finanzpolitik sein.

Die Abwrackprämie wird von SPD und CDU als großer Erfolg verkauft. Tatsächlich wurden die Probleme aber nur vertagt: wer jetzt seine Auto-Neubeschaffung vorgezogen hat, wird die nächsten Jahre keinen Neuwagen mehr kaufen. Besser wäre es gewesen, durch eine Absenkung der Steuern die ganze Bevölkerung zu unterstützen, wie es die FDP vorschlägt.

In der Gesundheitspolitik wurde der Weg in die Staatsmedizin geebnet. Damit CDU und SPD trotz entgegengesetzter Konzepte nicht das Gesicht verlieren, haben sie ein bürokratisches Monstrum, den Gesundheitsfonds, geschaffen. Die individuelle Versorgung der Patienten bleibt auf der Strecke. Ihr eigenes Wohl hatte die zuständige Ministerin mehr im Auge: ihren Dienstwagen samt Chauffeur ließ sie in ihr Urlaubsdomizil schaffen. Fast 10000 Euro kostete das den Steuerzahler - ohne den folgenden Wagniediebstahl. Ulla Schmidt hat damit nicht nur ihrer katastrophalen Gesundheitspolitik einen Bärenhund erwiesen, sondern der Politikverdrossenheit weiter Nahrung gegeben. Dass Frau Schmidt sich jetzt auf formaljuristisch korrektes Verhalten beruft, zeigt eine Abgehobenheit, die bei den Bürgerinnen und Bürgern nur auf Grausen stößt.

Deutschland braucht den Neuanfang. Die Apparatschiks der SPD regieren seit elf Jahren das Land. Die Erneuerung muss aus der Mitte kommen – und dazu fordern wir die Bürgerinnen und Bürger auf: Stärkt die Mitte, wählt FDP!

Gegen sozialistische Träume und konservative Ignoranz hilft nur eins: Die Mitte stärken! Wir können das auch örtlich verstehen: als Bezirksverband Mitte der FDP Berlin und damit im „Hauptwahlkreis“. Kanzleramt und Schloss Bellevue gehören ebenso dazu, wie die gefährdete Arminius-Markthalle und der Hansaplatz. Soziale Brennpunkte wie der Kleine Tiergarten und der Beusselkiez prägen unseren Bezirk ebenso wie die Hochkulturtempel Philharmonie und Museumsinsel. Zu Berlins Mitte gehören auch die Unternehmen der Kreativwirtschaft: Werbung und Design, Musik und Film, Mode und Medien. Diese Branche erwirtschaftete deutschlandweit einen Jahresumsatz von rund 132 Milliarden € - mehr als die Energiewirtschaft oder die Chemieindustrie. Rund 100 000 Beschäftigte sind in Berlin in der Kreativbranche tätig, oft in kleinen, hoch innovativen Unternehmen, die unter Steuerlast und Bürokratie besonders zu leiden haben.

Hier in Berlins Mitte gilt wie anderswo: Die FDP ist die Partei der kreativen Mitte. Die FDP ist die Kraft, die dafür sorgt, dass sich Arbeit wieder lohnt: Weniger Steuern und weniger Bürokratie bringen mehr Arbeitsplätze. Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik – gerade in Zeiten der Krise. Die FDP will Investitionen in die Zukunft. Innovationen sind die Grundlage für zukunftsfähige Arbeitsplätze und wirksamen Umweltschutz. Die FDP will mehr Bürgernähe. Deutschland muss demokratischer werden, z. B. durch Volksentscheide. Die FDP will Bürger- und Menschenrechte sichern und Vielfalt in Freiheit ermöglichen, anstatt die Bürger durch ausufernde Verbote zu gängeln. Und eines hat die FDP besonders bewiesen: Verlässlichkeit. Die FDP hält Wort. Sie drängt nicht um jeden Preis zur Macht.

Wer die Kraft der Freiheit für Deutschland nutzbar machen will, muss die kreative Mitte stärken – und am 27. September FDP wählen. Dafür gilt es jetzt zu kämpfen: Die Mitte stärken – damit die großkoalitionäre Stagnation beendet wird. Denn Deutschland kann es besser – mit einer starken FDP!

Dr. Kurt M. Lehner (OV Tiergarten) ist Direktkandidat der FDP im Wahlkreis Berlin-Mitte und Kandidat auf Platz 10 der Landesliste
www.kurt-lehner.fdp-tiergarten.de

Liberale Kandidaten aus Berlin

Für einen klaren Kurs der wirtschaftlichen Vernunft

von Martin Lindner

Deutschland steht durch die Wirtschaftskrise vor gewaltigen Herausforderungen. Die „große“ Koalition ist orientierungslos; die CDU überbietet sich mit SPD und den linken Oppositionsparteien mit zweifelhaften Konjunkturprogrammen, der „Rettung“ einzelner Unternehmen auf Steuerzahlerkosten und Enteignungen. Die soziale Marktwirtschaft ist in Gefahr! Deshalb braucht Deutschland jetzt eine starke FDP. Frauen und Männer mit Wirtschaftskompetenz, die für einen klaren Kurs der wirtschaftlichen Vernunft stehen.



Nachdenklich stimmt mich vor allem die verantwortungslose Hetze der linken Parteien. Hier werden berechtigte Bedenken der Bürger für den Wahlkampf missbraucht. Zum Beispiel sieht auch die FDP die Zukunft in erneuerbaren Energien. Aber die erneuerbaren Energien reichen noch auf mittlere Frist nicht aus, Deutschland mit Energie zu versorgen. Es macht auch keinen Sinn, unter großer politischer Abhängigkeit und hoher Kosten insbesondere Russland Gas abzukaufen, während die Russen das insoweit dem heimischen Markt entzogene Gas durch Neubau von Kohle- und Kernkraftwerken ersetzen. Es ist für das Weltklima und die Sicherheit unserer Bürger völlig unerheblich, ob emissionsstarke oder potentiell gefährliche Kraftwerke hier oder bei unseren Nachbarn gebaut stehen.

Deutschland steht vor einer Richtungswahl: Werden wir zukünftig von einer Koalition der Vernunft aus der Mitte und für die Mitte unserer Gesellschaft regiert, einer Koalition aus FDP und Union. Oder werden SPD, Linke und Grüne die Mehrheit erringen und zumindest mittelfristig ein Linksbündnis schmieden. Die Chancen für die FDP und für eine Koalition der Mitte stehen denkbar gut. Aber noch ist nichts gewonnen. Wir müssen kämpfen und alles mobilisieren, damit wir nicht nur in Umfragen, sondern auch bei der Wahl im Herbst siegen werden.

Dr. Martin Lindner MdA (BV Steglitz-Zehlendorf), ehemaliger Fraktionsvorsitzender der FDP im AGH, Kandidat auf Platz 1 der Landesliste.
www.martin-lindner.info

Liberale Kandidaten aus Berlin

Liberaler Sommer in Berlin

von Lars Lindemann

Die Urlaubszeit neigt sich dem Ende zu und die Berliner FDP schaut auf den 27. September. Viele von uns sind bereits gut erholt aus dem Urlaub zurück und stehen in den Startlöchern, um im Wahlkampf für unser Land zu kämpfen. Die Umfragewerte für uns Liberale sind anhaltend positiv und relativ stabil auf einem Niveau, welches zeigt, dass die Menschen in unserem Land einen Politikwechsel wollen und wissen, dass eine durchsetzungs- und reformfähige bürgerliche Regierung der Mitte in Deutschland ohne eine starke FDP nicht denkbar ist.



Dies stimmt uns sehr zuversichtlich, ist aber auch ein klarer Auftrag. Wir sind gut gerüstet, um den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu zeigen, dass wir Liberalen dies als Aufgabe annehmen und den schon lange notwendigen Politikwechsel in Deutschland herbei führen werden. Das gemeinsame Einstehen für freiheitliche Werte, Toleranz, ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft auch in schwierigen Zeiten, Bürgerrechte, Chancengleichheit für jeden Menschen in unserem Land und die Verantwortung des Einzelnen für sich und seinen Nächsten bildet das Fundament, auf dem wir Liberale unser aller Wohlstand in diesem Land gründen wollen.

Es liegt an uns allen und Ihnen, ganz konkret dafür zu sorgen, dass wir in Deutschland eine starke bürgerliche Regierung der Mitte bilden können und wir in dieser unsere gemeinsamen Werte zur Geltung bringen. Dafür braucht es Ihrer aller Unterstützung. Durch Spenden und noch viel wichtiger durch Ihre Anwesenheit. Kommen Sie zu einem der Wahlkampfstände, die ganz sicher auch Ihr Orts- oder Bezirksverband veranstaltet, und zeigen Sie „blau-gelb“ Flagge. Wir dürfen und können uns in diesem Wahlkampf nur auf uns selbst verlassen, denn nur eine starke FDP steht auch nach dem 27. September 2009 für eine starke bürgerliche Mehrheit und so auch eine starke bürgerliche Regierung in diesem Land.

Lars Lindemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Stellv. Landesvorsitzender der Berliner FDP und Kandidat auf Platz 2 der Landesliste.
www.lindemann2009.de

Liberale Kandidaten aus Berlin

Deutschland wird schlecht regiert. Das wollen wir Liberale ändern.

von Hellmut Königshaus

Liebe Leserinnen und Leser, Deutschland wird schlecht regiert. Das wollen wir Liberale ändern, und wir haben auch alle Chancen dazu. Immer mehr Menschen erkennen, dass nur wir und unsere Konzepte das Land wieder in bessere Zeiten führen können.



Unsere politischen Konkurrenten verdecken mit lautem Geschrei gegen unser Programm nur ihre Hilflosigkeit. Unsere Konzepte dagegen überzeugen. Nehmen wir die Steuern: Entlastungen gerade der Leistungsträger sind sehr wohl möglich. Der Staat hat keine „Einbrüche“ bei den Einnahmen er kann nur nicht wie bisher mit zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Aber mit dem, was da ist, kann man auskommen, jedenfalls wenn man mit Geld umgehen kann.

Die Sozialdemokraten, die seit elf Jahren den Finanzminister stellten, können das nicht. Wir Liberale dagegen können das und haben das mit unserem „Liberalen Sparbuch“ auch bewiesen. Dort haben wir Einsparungsmöglichkeiten aufgelistet und belegt, zuletzt im Volumen von mehr als 10 Milliarden Euro. Wenn jemand Deutschland aus der Krise führen kann, dann wir, die Liberalen.

Auch wenn in Berlin erst 2011 gewählt wird, so können wir doch mit einer kraftvollen Opposition auch dem selbstgefälligen Senat kräftig Beine machen. Das will ich wie bisher von der Bundesbene aus begleiten. Denn die Menschen machen da keinen großen Unterschied, für sie gibt es nur „die FDP“.

Deshalb ist wichtig, dass alle Liberalen zusammenstehen und am selben Strick ziehen, und zwar am gleichen Ende. Darum stehen unsere Mitglieder jetzt wieder an den Ständen und werben für unsere liberalen Konzepte. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen allen bedanken!

Hellmut Königshaus MdB (BV Treptow-Köpenick) ist Kandidat auf Platz 3 der Landesliste.
www.hellmut-koenigshaus.de

Liberale Kandidaten aus Berlin

Maßstab ist die Praxis

von Holger Krestel

Deutschland hat eine bessere Regierung verdient. Doch machen wir uns nichts vor: Auch wenn wir diese mit FDP-Beteiligung bekommen, wird es eine Weile dauern, bis die von uns geforderten Reformen in geltendes Recht umgesetzt sind. Wer in seinem Ministerium schon auf gepackten Koffern sitzt kann leicht 4 Millionen Arbeitsplätze oder auch 6 Richtige für alle ankündigen. Ungedeckte Wechsel auf eine wunderbare Zukunft sind eine Grundfeste jeder Form von Sozialismus und genauso haben sie unser Land die letzten 11 Jahre regiert. Wir aber – die FDP – sind die, die nach dem 27.09. regieren wollen und dabei das böse Erbe nicht ausschlagen können. Daher müssen wir im Erbfall die Hinterlassenschaft ganz schnell einer kritischen Revision unterziehen.



Keine Ministerialverwaltung ist besser als ihre politische Führung, und so erwarten uns erhebliche Defizite: Wo eine 11 Jahre mit Parteisoldaten durchsetzte Verwaltung falsche Vorgaben umzusetzen versucht hat, ist zu befürchten, dass Steuergelder kontinuierlich und bislang relativ geräuschlos verschwendet werden. Dieses Land wird viel zu sehr „verwaltet“: Wer künftig eine neue Dienststelle einrichten will, muss zuerst zwei abschaffen. Ich werde allenfalls nur eine ganz bestimmte Dienststelle fordern: In das Verwaltungshandeln ist eine arbeitende Instanz der parlamentarischen Kontrolle einzufügen, die Missstände sofort aufgreifen und gegen Verwaltungswildwuchs eingreifen kann.

Es gilt, ganz schnell liberalen Sauerstoff in den roten Regelungsmief zu pumpen: Gesetzesvollzug hat sich auch an den ökonomischen Prinzipien zu orientieren und der Begriff Verwaltungsreform darf nicht länger zur Verschleierung überkommener Strukturen dienen, bei denen sich nur die Etikettierung ändert. Alleiniger Maßstab ist die Praxis, in der sich Theorien und abstrakte Vorschriften beweisen und anderenfalls schleunigst abgeschafft werden müssen. Gerade in diesem Bereich sind wir als FDP gefordert und dafür werde ich mich einsetzen.

Holger Krestel (BV Tempelhof-Schöneberg) ist Kandidat auf Platz 4 der Landesliste.

Liberale Kandidaten aus Berlin**Vom Bedürfnis des Menschen, selbst zu entscheiden***von Kai Gersch*

Schon in früheren Beiträgen in LC habe ich mich mit dem vorherrschenden Verbotswahn auseinandergesetzt – dem Rauchverbot, dem Heizpilzverbot, dem Dekorationsverbot vor Restaurants und Kneipen. Mit Inkrafttreten der zweiten Stufe der Umweltzone soll es auch ein dauerhaftes Fahrverbot geben, flankiert durch ein Glühbirnenverbot. Im Zuge einer kritischen Würdigung mancher Maßnahmen darf man zugeben, dass nicht jedes Verbot unsinnig ist. Doch ich bleibe bei meiner Überzeugung: Verbote können keine Werte ersetzen! Verbote schlicht zu akzeptieren oder sie kritisch zu hinterfragen, ist eine Einstellungssache.



Dass unsere Mitbewerber dem unreflektierten Verbotsdenken unterlegen sind, ist immer Kritik wert. Doch es irritiert mich, wie viel sich die Menschen vom Staat gefallen lassen. Viele derer, die vor Jahren noch gegen den „bösen“ Staat aufbegehrten, haben ihren Marsch durch die Institutionen vollendet und besetzen nun die Schaltstellen des „guten“ Staates, der durch sie selbst vermeintlich legitim in alle Lebensbereiche eingreifen darf.

Regulierungen sind notwendig. Alle haben das Versagen der staatlichen Bankenaufsicht beobachten können. Doch in einem Land, in dem der Abstand zwischen Theke und Tür millimetergenau vermessen wird, um das Rauchen zu gestatten, zugleich aber von Landesbanken Milliarden verbrannt werden, bedarf es eines Einstellungswandels.

Die aktuellen Umfragen zeigen: Die Deutschen sind damit schon weiter, als die derzeit Regierenden es glauben mögen. Ich bin sicher, dass die Menschen ihre wiedergewonnene Freiheit lieben werden. Das natürliche Bedürfnis der Menschen, selbst entscheiden zu wollen, wird die eigentliche Triebfeder für den Regierungswechsel sein.

Kai Gersch MdA (BV Spandau) ist Kandidat auf Platz 5 der Landesliste. www.gersch09.de

Liberale Kandidaten aus Berlin**Zeigen, dass sich Leistung lohnt, dass Integration möglich ist***von Hanaa El-Hussein*

20 Jahre nach dem Fall der Mauer sind wir von der inneren Einheit Deutschlands an vielen Stellen noch weit entfernt. Berlin ist in vieler Hinsicht Schmelztiegel und Modellfall dafür, wie es gelingt, die innere Einheit Deutschlands im Alltag zu vollenden, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen erfolgreich zu integrieren und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Dafür brauchen wir eine überzeugende Integrationspolitik, die fordert, fördert und motiviert, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dies bedeutet auch zu begreifen, dass Integration eine gesamtdeutsche Herausforderung ist, die alle Bereiche unserer Gesellschaft und alle Politikfelder betrifft. Diese können wir nur gemeinsam bewältigen.



Es ist daher entlarvend, wenn selbst maßgebliche Gruppierung innerhalb der regierenden Berliner SPD massiv die Integrationspolitik der rot-roten Koalition kritisieren und feststellen: „Wir produzieren Perspektivlosigkeit von Menschen statt Zukunftssicherung für Berlin“. Dies ist der Offenbarungseid und zeigt, dass die bisherige Integrationspolitik weitgehend gescheitert ist.

Aufgrund meines persönlichen Lebensweges und meiner Erfahrung, möchte ich dazu beitragen, Integrationspolitik zum Erfolg zu führen und meinen Beitrag dazu leisten, dass die FDP hier ein schärferes Profil gewinnt. Ich möchte auch ein Signal setzen an die vielen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – gerade auch in Berlin. Ich möchte zeigen, dass es in Deutschland möglich ist, sich gesellschaftlich, beruflich und politisch erfolgreich zu etablieren. Zeigen, dass sich Leistung lohnt, dass Integration möglich und erstrebenswert ist. Wir dürfen dieses für uns so wichtige Zukunftsthema nicht den anderen Parteien überlassen!

Hanaa El-Hussein (BV Tempelhof-Schöneberg) ist FDP-Direktkandidatin im Wahlkreis Lichtenberg-Höhenschönhausen, Platz 6 der Landesliste

Der Spitzenkandidat

Grundhaltung von Freiheit und Verantwortung

von Guido Westerwelle



Jedes Wahljahr ist ein entscheidendes Jahr. Dieses Jahr ist ein Schicksalsjahr. Denn Deutschland steht am 27. September vor einer grundlegenden Entscheidung. Es gilt, die Werte, die Deutschland erfolgreich gemacht haben, zu verteidigen. Der Linksrutsch der schwarz-roten Koalition hat die geistige Achse der Republik gefährlich verrückt. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Achse nicht weiter nach links verschoben und den Extremen kein Vorschub geleistet wird. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. 60 erfolgreiche Jahre Bundesrepublik Deutschland – damit verbinden wir Frieden, Wohlstand durch Soziale Marktwirtschaft, persönliche Freiheit und die Errungenschaft der Deutschen Einheit vor 20 Jahren.

Es ist die Bürgergesellschaft, die unser Land zusammenhält. Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz, Leistungsbereitschaft und Solidarität und ist der Menschenwürde verpflichtet. Wir stehen dafür ein, allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen auf freie Entfaltung zu eröffnen. Verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Staat ihnen nicht alle Mühen abnimmt. Aber sie müssen darauf vertrauen können, dass er ihnen nicht noch zusätzliche Lasten aufbürdet.

Denn zusammengehalten wird unsere erfolgreiche Gesellschaft von der Mitte. Die Mitte steht gegen die Extreme von links und rechts, aber sie ist mehr als das: Sie ist eine Grundhaltung. Sie

steht für Freiheit und Verantwortung. Es ist diese Mitte, die morgens früh aufsteht, an ihrer Existenz hart arbeitet, sich um eine gute Ausbildung ihrer Kinder kümmert, für die Familie vorsorgt und Solidarität mit denen lebt, die weniger Glück im Leben hatten. Umweltbewusstsein und ein ausgeprägtes Gefühl für Gerechtigkeit sind für sie selbstverständlich. Für diese Mitte machen wir uns stark.

Unser Erfolg gibt uns recht. Mehr als 5.000 Bürgerinnen und Bürger sind allein in diesem Jahr in die FDP eingetreten. Für uns sprechen unsere Inhalte und unsere Glaubwürdigkeit. Denn wir haben bewiesen: Wir halten Wort. Unsere Stärke ist Klarheit und Geschlossenheit. Wir wollen nach der Bundestagswahl regieren. Nicht, damit einige von uns etwas werden können, sondern weil wir wissen, dass Deutschland es besser kann. Besser als unter einer schwarz-roten Regierung, und besser als unter einer linken Koalition aus Rot-Rot-Grün.

Wir gehen mit Optimismus in die heiße Wahlkampfphase. In den letzten zwei Jahren hatten wir insgesamt elf Wahlen zu bestehen. Bei allen Wahlen haben wir zugelegt. Wir haben die Regierungsbeteiligung in Niedersachsen verteidigt, in Bayern und in Hessen errungen. Bei der Europawahl haben wir ein historisches Ergebnis erzielt. Vor uns liegen nun die Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen, in Thüringen, in Brandenburg und in Schleswig-Holstein. Auch in diesen Ländern wollen wir Zuwächse erreichen und mehr Verantwortung übernehmen. Und bei den acht Kommunalwahlen in diesem Jahr, bei denen mehr Kandidatinnen und Kandidaten für die FDP antreten als jemals zuvor, wollen wir die Zahl der inzwischen 5.500 kommunalen Mandatsträger, die für Deutschland liberale Politik machen, weiter erhöhen.

Politik braucht Vertrauen. Dieses Vertrauen haben wir uns mit den Erfolgen der vergangenen Jahre gemeinsam verdient. Lasst uns auch in den kommenden Wochen geschlossen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger werben und kämpfen. Damit wir unsere liberale Politik umsetzen können. In den Kommunen, den Ländern – und im Bund. Deutschland kann es besser. Gehen wir es an.

Dr. Guido Westerwelle MdB (LV NRW) ist Bundesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP. www.guido-westerwelle.de

Liberale Kandidatinnen**Ihre Stimme für die Bürgerrechte**von **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

Unsere Tradition der Grundrechte und des Grundrechtsschutzes sind heute massiv gefährdet. Akustische Wohnraumüberwachung, Ausdehnung der Befugnisse des Zollkriminalamtes zur heimlichen Überwachung des Brief- und Telefonverkehrs, verdachtslose Rasterfahndung, Europäischer Haftbefehl, Luftsicherheitsgesetz, polizeiliche Durchsuchungen und Beschlagnahmen in den Arbeitsräumen eines Journalisten, Online-Durchsuchung von Computern, automatisierte Aufzeichnen von Kfz-Kennzeichen, Vorratsdatenspeicherung - in zahlreichen Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht seine Rolle als Hüterin der Verfassung behauptet und Entscheidungen des Gesetzgebers korrigiert.



Unmittelbare Angriffe auf das Bundesverfassungsgericht waren die Folge. Ein amtierender Bundesinnenminister lieferte sich sogar einen Schlagabtausch mit dem Bundesverfassungsgericht. Diese Angriffe ergänzen die grundrechtsblinde Politik der inneren Sicherheit.

Die Bundesregierung empfindet auch den bisherigen Grundrechtsschutz als zu weitgehend und arbeitet daran ihn auszuhöhlen. Hinzu kommt der Versuch, unser Verständnis der Grundrechte umzudeuten. Es ist beunruhigend, wenn ein Bundesinnenminister immer wieder auf ein vermeintliches Grundrecht auf Sicherheit verweist, das es in unserer Verfassung nicht gibt.

2009 bietet die Chance, für die Bürgerrechte in Deutschland zu stimmen. Dafür tritt die FDP 2009 an. Die Liberalen sind als einzige Partei in Bürgerrechtsfragen glaubwürdig. Wir haben von Anfang an die überbordende Aufrüstung von Otto Schily kritisiert. Das gilt genauso für die grundrechtsblinde Innenpolitik von Wolfgang Schäuble.

Sie können den dramatischen Bürgerrechtsabbau endlich stoppen. Mit Ihrer Stimme für die FDP bei der Bundestagswahl am 27. September.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB (LV Bayern), rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. www.leutheusser-schnarrenberger.de

Liberale Kandidatinnen**Mit Sicherheit für Freiheit**von **Gisela Piltz**

Liberale Innenpolitik ist liberale Verfassungspolitik. Kriminalität, gerade auch Organisierte Kriminalität oder Terrorismus, muss effektiv bekämpft werden, um die Freiheit der Gesellschaft und jedes Einzelnen zu bewahren. Dabei darf das Augenmaß nicht verloren gehen. Denn eine Gesellschaft kann auch dann nicht frei sein, wenn stets und ständig jeder Einzelne vom Staat überwacht wird. Die Furcht vor Überwachung, so hat es das Bundesverfassungsgericht formuliert, greift mittelbar in die Grundrechte ein, weil die Menschen sich nicht mehr trauen, sich auch einmal unangepasst zu verhalten. Konformismus und Duckmäuserstum aber sind Ausprägungen der Unfreiheit.



Mit der Vorratsdatenspeicherung werden alle Menschen unter Generalverdacht gestellt. Eine unbefangene Kommunikation ist damit nicht mehr möglich. Das neue BKA-Gesetz hat die heimliche Online-Durchsuchung ermöglicht, zudem darf das BKA nun präventiv Wohnungen belauschen und ausspähen, Telefone überwachen, Spitzelprogramme auch für Internetkommunikation installieren. Mit dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden künftig alle Mails von Bürgern oder Unternehmen an Behörden verdachtsunabhängig überwacht. Eine rechtsstaatliche Überprüfung der Maßnahmen ist kaum möglich. Der Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor Überwachung wird immer weiter ausgehöhlt. Eine freie Presse oder die Möglichkeit, sich einem Rechtsanwalt oder einem Arzt unbeküllt anvertrauen zu können, sind aber Grundpfeiler des Rechtsstaats und schützen Meinungsfreiheit, die Justizgrundrechte und die Menschenwürde.

Die FDP kämpft für eine grundrechtsorientierte Innenpolitik. Sie steht mit Sicherheit für die Freiheit ein. Nicht immer neue Überwachung ist unsere Antwort auf neue Herausforderungen, sondern eine gut ausgebildete und angemessen ausgestattete Polizei, die ihren Aufgaben effizient nachkommen kann.

Gisela Piltz MdB (LV NRW), innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. www.gisela-piltz.de

Liberale Kandidatinnen

Forschung braucht Freiheit

von Cornelia Pieper

Forschung ist die Grundlage für Wohlstand und neue Arbeitsplätze. Mehr oder weniger direkt betreffen Fragen der Forschung und deren Rahmenbedingungen uns alle. Wer möchte nicht auch zukünftig mobil sein und im Alltag Energie ausreichend zur Verfügung haben? Es geht auch um bessere medizinische Behandlungsmethoden mit neuen Therapieansätzen, wie in der so genannten regenerativen oder individualisierten Medizin. Und: Wo und in welchen Bereichen entstehen durch Zukunftstechnologien neue Arbeitsplätze?



Seit Jahren wissen wir, dass Deutschland, im Vergleich zu anderen Industrienationen zu wenig Geld für Forschung und Entwicklung ausgibt. Anreize dafür setzt man mit einem innovationsfreundlichen Steuersystem – dem entsprechend haben die meisten EU-Mitgliedsstaaten, darunter leider noch nicht Deutschland, bereits eine steuerliche Forschungsförderung bzw. Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung (tax credits) eingeführt. Die steuerliche Forschungsförderung wäre eine unbürokratische Maßnahme zur Innovationsförderung.

Ein weiterer Beitrag wäre die Forderung der FDP nach einem umfassenden Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Den internationalen Herausforderungen an das Wissenschaftssystem, dem globalen Arbeitsmarkt für Lehrende und Forschende, ist die alte Struktur staatlicher Aufsicht und so genannter Detailsteuerung nicht mehr gewachsen. Und vergessen wir nicht: Forschung braucht Freiheit! Ideologische Denkblockaden wie bei der Fusionsforschung, kerntechnischen Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grünen Gentechnik oder der Nanotechnologie schaden dem Forschungsstandort Deutschland. Neue Forschungsfelder müssen unter transparenten und verantwortungsvollen Rahmenbedingungen gefördert werden. Sie eröffnen für den Innovationsstandort Deutschland vor allem neue Chancen und nicht Risiken.

Cornelia Pieper MdB (LV Sachsen-Anhalt), forschungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. www.cornelia-pieper.de

Liberale Kandidatinnen

Schwarz-Rot am Bürokratieabbau gescheitert

von Birgit Homburger

Vor vier Jahren trat die Koalition aus CDU/CSU und SPD mit dem Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel an, den Bürokratieabbau zur Chefsache zu machen. Am Ende der Legislaturperiode zeigt sich, dass sie im Bereich Bürokratieabbau in Deutschland lediglich beim Ankündigen groß war. Die Chefsache wurde zur Nebensache und wirklich etwas bewegt wurde nicht. Es gab nicht etwa einen Abbau, sondern noch mehr Zuwachs bei der Bürokratie.



Die Bundesregierung gab sich ideenlos und ließ das nötige Interesse für den Bürokratieabbau vermissen. An Vorschlägen mangelt es nicht: Allein die FDP-Bundestagsfraktion hat in den letzten beiden Legislaturperioden in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages mindestens eine Initiative zum Bürokratieabbau vorgelegt. Darunter waren viele innovative Vorschläge wie die Befristung von Normen, die Umstellung von verschiedenen Genehmigungsverfahren auf Anzeigeverfahren oder die Erstattung von Bürokratiekosten für die Wirtschaft als Anreizmechanismus in der öffentlichen Verwaltung. Zu den strukturellen Vorschlägen der FDP gehört eine Prüfung, ob Gesetze auf fünf Jahre befristet werden können, ein Verfallsdatum für Verordnungen, ein alljährliches Rechtsbereinigungsgesetz, eine Umsetzung europäischer Vorgaben 1:1 und die vermehrte Nutzung des E-Government.

Konzepte und Ideen gibt es genug. An der Umsetzung mangelt es. Für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger gibt es keine spürbaren Entlastungen von Bürokratie und das ist ein Versäumnis, für das CDU/CSU und SPD verantwortlich sind. Bleibt nur die Hoffnung auf die neue Bundesregierung im Herbst, die dem Bürokratieabbau dann den Stellenwert geben muss, den er verdient und den sich die Menschen wünschen. Eine starke FDP ist der Garant für Bürokratieabbau.

Birgit Homburger MdB (LV Baden-Württemberg), Sprecherin für Bürokratieabbau der FDP-Fraktion. www.birgit-homburger.de

Liberale Kandidatinnen

Für eine konsistente Energiepolitik aus einer Hand

von **Gudrun Kopp**

Eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung gehört zu den wichtigsten Lebensadern unserer Gesellschaft. In den letzten Jahren ist dieser Dreiklang durch die Energiepolitik der schwarz-roten Bundesregierung völlig aus dem Blickfeld geraten zugunsten eines ständigen Kompetenzstreits zwischen dem Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium. Um dies in Zukunft zu vermeiden, müssen die energiepolitischen Kompetenzen in einem Ministerium, vorzugsweise im Wirtschaftsministerium, gebündelt werden. Damit kann der schwarz-rote gordische Knoten zerschlagen werden, der so wichtige energiepolitische Initiativen wie das CCS-Gesetz (CO2-Abscheidetechnik bei der Kohleverstromung) oder das Energieeffizienzgesetz blockiert.



Deutschland benötigt zudem endlich ein schlüssiges Energiekonzept, das den Zielkanon aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gleichrangig vereint. Dabei müssen alle verfügbaren Energieträger genutzt werden in einem breiten, ideologiefreien Energiemix - neben den fossilen Energieträgern und den erneuerbaren Energien gehört dazu auch die quasi CO2-freie Kernenergie. Die noch immer schwelende Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine hat gezeigt, wie wichtig es für unsere Versorgungssicherheit ist, dass eine konsistente Energieaußenpolitik die Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern und -wegen reduziert. Wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Pipelines North Stream oder Nabucco müssen vorangetrieben werden. Alternativen, wie z.B. das von einem Firmenkonsortium vorangetriebene Projekt DESERTEC – Sonnenstrom aus Nordafrika - müssen jetzt politisch begleitet werden.

Der Schlüssel für stabile Energiepreise und die freie Wahl von Energieträgern ist ein funktioniegender Wettbewerb, der auch durch einen stärkeren grenzüberschreitenden Stromhandel gefördert werden muss.

Gudrun Kopp MdB (LV NRW), energiepolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion.
www.gudrun-kopp.de

Liberale Kandidatinnen

Wie glaubwürdig ist die Frauenpolitik?

von **Marina Schuster**

Ohne Zweifel, wer sich für die Förderung von Frauen und gegen ihre Diskriminierung in Job und Gesellschaft ausspricht, kann im Wahlkampf punkten. Die SPD hat das sogar in ihr Wahlprogramm geschrieben: 40 Prozent Frauenquote will sie den Aufsichtsräten verordnen, wenn sie in der Regierung wieder was zu sagen hat. Was sie den Unternehmen diktieren will, hat die SPD in den von ihr geführten Ministerien bisher nicht beherzigt.



Im Auswärtigen Amt, unter Führung des Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, sucht man Frauen mit der Lupe. Von insgesamt 228 ausländischen Vertretungen werden gerade einmal 11 von Frauen geleitet. Von den 29 Botschaften in OECD-Ländern wird nur die Botschaft in Budapest von einer Frau geführt. Auch in den anderen SPD-geführten Ministerien sind Frauen kaum oder in manchen Besoldungsstufen gar nicht vertreten. Weibliche Spitzenbeamte sind also bei der SPD eine Seltenheit und das obwohl die SPD seit 11 Jahren in der Regierung ist, Zeit genug also Frauen zu fördern.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetztes in Deutschland begleiten und praktische Hilfe anbieten. Dafür werden 3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Schriftliche Nachfragen bei der Bundesregierung haben allerdings ergeben, dass ein großer Teil des Geldes in die strategische und mediale Beratung der Leitung sowie teure Veranstaltungen im kleinen Kreis fließt. So wurden allein für ein Mediencoaching für die Leiterin der ADS 125.000 Euro ausgegeben. Eines zeigt sich in der Frauenpolitik ganz deutlich: Glaubwürdigkeit erwächst nicht aus immer neuen Forderungen und Konzepten, sondern muss sich in der Wirklichkeit beweisen. Den Beweis haben Union und SPD in den vergangen Jahren nicht führen können.

Marina Schuster MdB (LV Bayern) ist Sprecherin der FDP-Fraktion für Globalisierungsfragen.
www.marina-schuster.de

Liberale Kandidatinnen

Integration lebt vor allem vom Miteinander

von Sibylle Laurischk

„Deutschland ist ein Einwanderungsland.“ Über diesen Satz ist viel gestritten worden. Dabei verdeutlicht er nur, welchen Stellenwert eine gelungene Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei uns hat. Integrationspolitik ist vom Orchideenthema zu einer Zukunftsfrage geworden.



Grundbedingung für eine gelungene Integration ist das Beherrschung der deutschen Sprache – ohne sie geht es nicht. Daher müssen wir möglichst früh beginnen, Sprachdefizite zu erkennen und gegenzusteuern. Sprachstandstests nach dem dritten Lebensjahr und eine anschließende konsequente Sprachförderung sind notwendige Voraussetzungen für einen besseren Schulerfolg. Aber auch bereits hier lebende ältere Zuwanderer können nach langem Aufenthalt noch ihre Deutschkenntnisse verbessern. Für sie und für Neuzuanderer gibt es die Integrationskurse, in denen Sprachkurse und ein Orientierungskurs für einen guten Start sorgen sollen. Leider sind diese Kurse unterfinanziert, nicht individuell genug und mit überbordender Bürokratie belastet, sodass sich Kursanbieter kaum über Wasser halten können und die Lehrkräfte trotz hoher Qualifikation einen Hungerlohn bekommen.

Ein weiteres Beispiel deutscher „Gastfreundschaft“ sind die fehlenden Anerkennungsmöglichkeiten für ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse. Ein Zuständigkeits- und Regelungsdschungel begegnet Zuwandern, in dem sie das Gefühl bekommen, hier nicht wirklich erwünscht zu sein. Wir fordern dringend einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren mit einem zentralen Ansprechpartner und einem Bildungsplan, der die Schritte zum gewünschten deutschen Abschluss aufzeigt.

Integration lebt vor allem vom Miteinander, von persönlichen Begegnungen und von der Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Hier kann jeder von uns etwas tun.

Sibylle Laurischk MdB (LV Baden-Württemberg) ist integrationspolitische Sprecherin der FDP im Deutschen Bundestag.
www.sibylle-laurischk.de

Liberale Kandidatinnen

Europäische Rechtspolitik im Bundestag mitgestalten

von Mechthild Dyckmans

Das Bundesverfassungsgericht hat uns jüngst verpflichtet, die Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Europa neu – und diesmal umfassend – zu regeln. Vorher darf der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft treten. Zusammen mit Markus Löning und Jörg van Essen durfte ich die Verhandlungen mit der Koalition führen und mich für eine Stärkung der Parlamentsrechte einsetzen.



Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, welche Rechte wir bereits haben: Der Bundestag darf zu jedem Brüsseler Entwurf eine Stellungnahme abgeben, die die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen auch heute schon berücksichtigen muss. Aber was nützen diese Rechten im Grundgesetz, wenn wir von ihnen keinen Gebrauch machen?

Als Mitglied des Rechtsausschusses im Bundestag vertrete ich meine Fraktion im Unterausschuss Europarecht, der sich mit der Europäischen Rechtspolitik beschäftigt. Dabei geht es mir vor allem darum, dass auch in der Europäischen Rechtspolitik die Grundrechte gewahrt werden. Deswegen habe ich einen Antrag initiiert, in dem wir europaweit verbindliche Mindestrechte für alle fordern, die einer Straftat verdächtigt werden. Außerdem habe ich mich dafür eingesetzt, dass Deutschland die Möglichkeit behält, die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen sowie die Anwendung ausländischen Rechts zu verweigern, wenn es sonst zu Grundrechtsverstößen käme. Und ich achte darauf, dass das Strafrecht auch in der europäischen Rechtspolitik nur zurückhaltend eingesetzt wird.

Nach der Bundestagswahl will ich mich weiter für Grundrechtsschutz und Subsidiarität in der Europäischen Rechtspolitik einsetzen. Ich hoffe, das Karlsruher Urteil führt auch bei den anderen Fraktionen zu der Einsicht, dass der Bundestag in Zukunft aktiv(er) die Europäische Rechtspolitik mitgestalten muss.

Mechthild Dyckmans MdB (LV Hessen) ist justizpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. www.dyckmans.de

Veranstaltungen auf dem Weg zur Bundestagswahl

- 28.08 20.00h BV Mitte: **Wahlkampf-Sommerfest** – mit Dr. Kurt M. Lehner, Dr. Martin Lindner MdA u.a. – im Weinkultur Habel (Luisenstr.)
- 01.09 19.00h BV Mitte: **Wahlkampf-Veranstaltung** – mit Dirk Niebel MdB – im Feuerstein (Veteranenstr. 22)
- 01.09 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** – im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 07.09 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – im Simon (Auguststr. 53)
- 08.09. 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 12.09 15.00h **Demonstration** „Freiheit statt Angst“ 2009 – Treffpunkt Potsdamer Platz, bei den gelben Fahnen – mit Alexandra Thein MdEP, Björn Jotzo MdA u.a.
- 18.09 LV Berlin & BV Charlottenburg-Wilmersdorf: **Wahlkampf-Veranstaltung** mit Dr. Guido Westerwelle MdB am Breitscheidplatz – Info www.fdp-berlin.de
- 20.09 11.00h Bundesverband: **Außerordentlicher Bundesparteitag** in Potsdam – Informationen unter parteitag.fdp.de
- 27.09 WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Jugend wählt liberal

Endspurt und Neustart

von David Issmer

Nun mobilisieren wir Berliner Junge Liberale noch einmal all unsere Kräfte für den Bundestagswahlkampf. Denn es geht um eine Richtungentscheidung: Weitemachen wie bisher oder endlich der Aufbruch in eine nachhaltige, generationengerechte Politik?



Es geht dabei vor allem um unsere junge Generation. Durch die aktuelle verfehlte Steuer- und Wirtschaftspolitik und die daraus resultierende gewaltige Staatsverschuldung werden unsere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten später einmal ganz erheblich eingeschränkt sein. Es ist an der Zeit, diese Ausplünderung der Zukunft durch die Gegenwart zu beenden.

Daher: Am 27. September die richtige Entscheidung für unser Land treffen und die FDP wählen. Und vorher im Wahlkampf die Menschen davon überzeugen, dass vernünftige Politik vieles bewegen kann. Es ist nicht einfach; gewaltige Aufgaben müssen gelöst werden – aber gerade deshalb müssen wir jetzt die Ärmel hochkrempe und anpacken. Der Einsatz wird sich lohnen. Das Jahr 2009 ist das Jahr der Liberalen!

David Issmer (OV Gendarmenmarkt) ist Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin.

Frauen wählen liberal

Für eine faire Gesellschaft – Gleichstellung realisieren

von Mieke Senftleben

Das neue Unterhaltsrecht setzt Chancengleichheit von Mann und Frau voraus. Unterhaltszahlungen im Fall einer Scheidung sind zukünftig keine Selbstverständlichkeit mehr, beide Partner müssen sich also eigenverantwortlich um ihre Zukunft kümmern, um auf eigenen Beinen stehen zu können und eigenverantwortlich für die Zukunft vorzusorgen. Es gibt allerdings nach wie vor zahlreiche Stolpersteine, die genau das verhindern. Dort, wo die Politik Einflussmöglichkeiten hat, müssen diese Stolpersteine in der nächsten Legislaturperiode aus dem Weg geräumt werden: Zum Beispiel durch bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung, einen Grundfreibetrag von 8000 Euro für Erwachsene und Kinder bzw. die Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro; die Steuerklasse V muss weg und es müssen die Kinderbetreuungs- und Pflegekosten bis zu 12.000 Euro im Jahr von der Steuer absetzbar sein. Ein richtiger und wichtiger Schritt in eine faire Gesellschaft!



Mieke Senftleben MdA ist Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen und Direktkandidatin in Reinickendorf für den Deutschen Bundestag.